

Steve Kenner* und Andrea Szukala**

Die Illusion der Neutralität

Wie begegnet man dem rechtsextremen Ruck in der Schule? Wer sich als Lehrkraft auf den Beutelsbacher Konsens beruft, um sich rauszuhalten, untergräbt letztlich die Grundlagen der politischen Bildungsarbeit. Es braucht eine transparente, reflektierte Parteilichkeit für die Demokratie. Die kann und muss im Unterricht vermittelt und vor allem gelebt werden. Mit einer Verfassungsviertelstunde ist es längst nicht getan. >

*Jun.-Prof. im Arbeitsbereich „Politikwissenschaft und ihre Didaktik“ an der Pädagogischen Hochschule Weingarten;

**Lehrstuhlinhaberin „Politische Bildung und Didaktik der Sozialwissenschaften“ an der Universität Augsburg

„Politische Bildung in der Schule ist mehr als ein Unterrichtsfach. Es ist Prinzip aller Fächer.“

Immer häufiger kommt es zu Zwischenfällen an Schulen, die Zeugnis für die Empfänglichkeit junger Menschen für die Ideologien der Neuen Rechten und von Rechts-extremen sind: der Hitlergruß auf dem Abschlussfoto der Klassenfahrt, Hakenkreuz-Schmierereien auf der Schultafel, menschenfeindliche Äußerungen im Klassenzimmer oder rechtsextreme Memes, die in Klassenchats oder auf Social-Media-Plattformen geteilt werden.

Slogans wie „die Jugend wählt rechts“ oder „Rechtsruck der Jugend“, wie sie zuletzt nach den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern immer wieder zu lesen waren, werden aber den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht. Der Ruck ist kein Jugendphänomen. Das zeigen nicht zuletzt die Langzeitstudien zu politischen Einstellungen der Menschen in Deutschland wie beispielsweise die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Autoritarismus-Studie der Heinrich-Böll-Stiftung mit der Universität Leipzig.

Antisemitische, rassistische, homophobe, antifeministische und autoritäre Einstellungen sind längst kein Phänomen der vermeintlichen Ränder der Gesellschaft mehr, sie sind in der Mitte angekommen. Der rechtspopulistische und -radikale Ruck ist auch kein deutsches Phänomen. Populisten mit einer nationalistischen und antipluralistischen Agenda und einem autoritären Politikstil feiern weltweit Wahlerfolge.

Zurückzuführen ist diese Entwicklung womöglich auch auf die multiplen Krisenverhältnisse. Die Gleichzeitigkeit und Verwobenheit der Klimakrise, der Krise sozialer Ungleichheitsverhältnisse, der Wirtschaftskrise, aber auch der Kriege weltweit führen zu massiver Verunsicherung, Vertrauensverlusten und letztlich zu einer Krise der Demokratie. Verbunden mit den weitreichenden Transformationsprozessen in allen Lebensbereichen, können immer mehr Menschen den autoritären Versuchungen nicht widerstehen. Doch was bedeutet das für die Schule und die Lehrkräfte in einer Demokratie?

Menschenwürde, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit als zentrale Werte

Politische Bildung in der Schule ist mehr als ein Unterrichtsfach. Es ist Prinzip aller Fächer und Kernelement des demokratischen Bildungsauftrages, der in Deutschland in den meisten Bundesländern, so auch im Freistaat Bayern, Verfassungsrang hat. An die politische Bildung und damit gegenüber allen Lehrkräften und weiteren Verantwortlichen im Bildungssystem wird immer wieder der Anspruch formuliert, neutral zu sein – als sei es möglich, über den politischen Konflikten und den Radikalisierungsprozessen in unserer Gesellschaft zu schweben und sich jeder Position zu enthalten. Neutralität ist keine Haltung, sondern >



Geduldssfad

office



Lösungen



eine Absage an Haltung. Sie blendet aus, dass jede Beschäftigung mit Wissen bereits in einem politischen Raum stattfindet, der von Machtverhältnissen und normativen Grundannahmen durchzogen ist. Wer vorgibt neutral zu sein, läuft Gefahr, blinde Flecken zu übersehen und sich der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Realitäten und Machtverhältnissen zu entziehen. Gerade im Bereich politischer Bildung wäre das fatal, soll sie doch dazu befähigen, Differenzen auszuhalten, Konflikte auszutragen und Kritik-, Urteils- und Handlungsfähigkeit zu aktuellen Fragen zu entwickeln.

Neutralität ist nicht mit Überparteilichkeit zu verwechseln. Überparteilichkeit verlangt nicht, sich jeder Bewertung zu enthalten, sondern sie soll im Rahmen einer demokratischen Wertorientierung die Offenheit für unterschiedliche Positionen gewährleisten. Sie stellt zudem sicher, dass Bildungsprozesse nicht von parteipolitischen Interessen gelenkt werden, sondern dass sie pluralistisch und kritisch bleiben. Das bedeutet: Überparteilichkeit dient nicht dazu, zentrale Prinzipien wie Menschenwürde, Pluralismus oder Rechtsstaatlichkeit infrage zu stellen. Vielmehr schafft sie einen Raum, in dem genau diese Grundwerte als Ausgangspunkte kontroverser Diskussionen verhandelt werden können.

Illusion der Neutralität untergräbt demokratische Prinzipien

Es geht dabei schließlich auch um eine reflektierte Parteilichkeit für Demokratie – eine bewusste Haltung, die sich weder in parteilichen Agenden noch in pseudoneutralen Rückzügen verliert. Eine politische Bildung, die überparteilich arbeitet, ist transparent über ihre Grundannahmen und bezieht klar Stellung. Sie tut dies, indem sie nicht vorgibt, die „Wahrheit“ zu lehren, sondern aufzeigt, wie Wahrheitsansprüche in der Demokratie kontrovers verhandelt werden. Damit setzt sie auf die Mündigkeit der Lernenden und die Fähigkeit, sich selbst in der Komplexität politischer Prozesse zu orientieren. Zu reflektieren, welches Wissen in diesen Prozessen mit welchen Zielen mobilisiert wird, besonders dann, wenn von einzelnen Akteurinnen und Akteuren wissenschaftliche Evidenzen verneint werden. Im sogenannten „Beutelsbacher Konsens“ wird dies bereits seit 1976 als Anforderung an Bildungsprozesse formuliert, wenn es heißt, dass es nicht erlaubt sei, Lernende „an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern“.

Die Illusion der Neutralität verschleiert genau diese Perspektive und gefährdet so schlimmstenfalls sogar die Grundlagen der politischen Bildungsarbeit. Wer neutral bleibt, wenn demokratische Prinzipien und die Mündigkeitsansprüche von Bür-

gerinnen und Bürgern herausgefordert werden, bleibt nicht unbeteiligt, sondern ermöglicht es jenen, die genau diese Prinzipien untergraben wollen, den Lern- und Erfahrungsraum zu verengen oder gar zu zerstören.

Gerontokratie hemmt Einflussperspektiven junger Leute

Der demokratische Bildungsauftrag wird in der Schule unter anderem durch Unterrichtsfächer wie „Politik und Gesellschaft“ sowie durch die schulische Querschnittsaufgabe und die non-formale Jugend- und Erwachsenenbildung realisiert. Die Einführung einer Verfassungsviertelstunde im Freistaat Bayern markiert den grundsätzlichen Anspruch, mehr für politische Bildung in der Schule zu tun. Aber ist eine wöchentliche Kurzbefassung mit Demokratie und Heimatkunde, bei aller guter Absicht, ausreichend?

Auch in Bayern bleibt schulformübergreifend nach wie vor zu wenig Zeit dafür, dass Schülerinnen und Schüler relevante Themen zu den Grundlagen der demokratischen Gesellschaft, der Europäischen Union, der regionalen, bundesweiten und globalen Herausforderungen und Krisen nicht nur vermittelt bekommen, sondern Fragen demokratischer Zukunftsgestaltung gemeinsam diskutieren und auch tatsächlich eine eigene Position entwickeln und artikulieren, sich womöglich sogar selbst in Gestaltungsprozesse einbringen können.

Die überalterte deutsche Gesellschaft entwickelt sich zu einer Gerontokratie, junge Menschen können kaum realistische politische Einflussperspektiven entwickeln und es besteht die Gefahr, dass auch sie sich der Demokratie am Ende entfremden. Dennoch fokussieren wir uns in der Bildungspolitik noch immer auf Kanondiskussionen und verbinden dies nicht selten mit längst überholten Vorstellungen von Bildung. Aktuell wird das deutlich an der öffentlichen Debatte um die von Schülerinnen und Schülern und einigen Bildungsverbänden geforderte Abschaffung der Stegreifaufgabe.

SMV und politische Bildung für alle Lehrkräfte stärken

Schulen in einer demokratischen Gesellschaft dürfen nicht beschränkt werden auf die Qualifikationsfunktion und eine Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt. Demokratie kann nicht (nur) vermittelt werden, indem vermeintlich kanonisierbares Wissen reproduziert wird. In den Fokus muss vor allem der umfassende demokratische Bildungsauftrag als zentrale Funktion der Schule rücken. Viele junge Menschen leiden auch an zunehmender

Vereinsamung. Für sie ist Schule in besonderer Weise ein zentraler Ort von Vergesellschaftung. Deshalb müssen sie diesen Ort und den sozialen Nahraum gemeinsam mitgestalten und sich als junge Demokratinnen und Demokraten sowie als politische Subjekte erleben dürfen.

Damit verbunden ist zweifellos die Notwendigkeit, politische Bildung als Unterrichtsfach auszubauen, zum anderen sind Erfahrungsräume für politisches Lernen und Handeln auch außerhalb des Fachunterrichts zu etablieren. Das kann zum Beispiel durch die verbindliche Einführung von projektorientiertem Lernen mit Fokus auf gesellschaftspolitische Fragestellungen wie Nachhaltigkeit und Rassismus geschehen.

Ein wichtiger Schritt kann auch die Stärkung der Schülermitverantwortung (SMV) sein. Dazu wäre etwa ein eigenes Budget für die SMV an allen Schulen einzuführen. Zudem wäre das Schulgesetz entsprechend zu überarbeiten. Es sieht noch immer vor, Ordnungsaufgaben auf die SMV zu übertragen. Klassensprecherinnen und Klassensprecher sind aber nicht der verlängerte Arm der Klassenleitung oder gar der Schulleitung. Werden sie auf diese Aufgabe reduziert, kann das, empirisch belegt, zu Frustrationserfahrungen führen.

Die Jugendforschung kommt, wie zuletzt die Autorinnen und Autoren der Shell Jugendstudie, zu folgenden Schlüssen: Toleranz ist nach wie vor ein wichtiger Wert für junge Menschen; das Vertrauen in die Demokratie als Regierungsform ist nach wie vor hoch; das politische Interesse und die Bereitschaft, sich mit politischen Fragen zu befassen, sich gar zu engagieren,

steigt sogar an. Junge Menschen informieren und engagieren sich vermutlich immer häufiger im digitalen Raum, weil die Schule ihnen Freiräume für kritisch-analytisches Denken und gesellschaftliches Handeln nur unzureichend eröffnet. Darauf kann und muss mit mehr politischer Bildung und der Eröffnung neuer Erfahrungsräume auch in der Schule reagiert werden.

Die Einführung der Verfassungsviertelstunde ist ein Schritt mit Signalwirkung für die Stärkung der politischen Bildung. Damit die potenziell eröffneten politischen Lern- und Erfahrungsräume nicht wie ein Strohfeuer verpuffen, braucht es parallel zur Einführung dieses Formates einen weiteren Ausbau von (auch digitaler) Fort- und Weiterbildung im Bereich politischer Bildung für alle Lehrkräfte und die Etablierung von Formaten politischer Bildung als verbindliche Elemente demokratischer Schulentwicklung, die fest im Schulalltag verankert werden. Es darf nicht bei diesen ersten Schritten und einem 15-minütigen Schlaglicht auf Demokratie bleiben. //

„Schule ist ein Ort von Vergesellschaftung. Junge Menschen müssen sich als politische Subjekte erleben dürfen.“

